

Die gesellschaftlichen Einstellungen gegenüber ziviler Verteidigung in Deutschland

Ergebnisse einer repräsentativen Befragung
für die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

forsa Gesellschaft für
Sozialforschung und
statistische Analysen mbH

Gutenbergstraße 2
10587 Berlin

Telefon 030 62882-0

E-Mail info@forsa.de

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung.....	1
1 Einschätzungen zur Bedrohungslage in Deutschland und Europa	2
2 Die Bekanntheit des Begriffs „zivile Verteidigung“	8
3 Bereitschaft zur Mitwirkung bei der zivilen Verteidigung.....	10
4 Die Informationsquellen zur zivilen Verteidigung.....	15

Vorbemerkung

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat forsa im Rahmen des Projekts „Wehrfähigkeit und zivile Verteidigung in Deutschland“ mit einer Befragung zur gesellschaftlichen Einstellung gegenüber ziviler Verteidigung beauftragt.

Im Rahmen der Befragung wurden insgesamt 1.012 Bürgerinnen und Bürger ab 18 Jahren in Deutschland befragt. Die Befragung erfolgte als Online-Erhebung im Rahmen des repräsentativen Panels forsa.omninet vom 13. bis zum 26. November 2024.

Die Ergebnisse der Befragung, können mit den bei allen Stichprobenerhebungen üblichen Schwankungsbreiten (im vorliegenden Fall von +/- 3 Prozentpunkte) auf die Grundgesamtheit der Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik ab 18 Jahren übertragen werden.

Alle Ergebnisse werden im folgenden Bericht ausführlich vorgestellt.

1 Einschätzungen zur Bedrohungslage in Deutschland und Europa

69 Prozent der Bundesbürger halten derzeit die Sicherheit Europas durch Angriffe von außen für (sehr) stark bedroht.

Etwas weniger Bundesbürger, aber ebenfalls eine Mehrheit (57 %) sieht auch die Sicherheit Deutschlands durch Angriffe von außen (sehr) stark bedroht.

Westdeutsche stufen die Bedrohung sowohl Europas als auch Deutschlands häufiger als hoch ein als Ostdeutsche und Frauen häufiger als Männer.

Einschätzungen zur äußeren Bedrohung Europas und Deutschlands

Es halten derzeit durch Angriffe von außen bedroht...

		die Sicherheit Europas		die Sicherheit Deutschlands	
		(sehr) stark	weniger stark/ gar nicht	(sehr) stark	weniger stark/ gar nicht
		%	%	%	%
insgesamt		69	29	57	41
Ost		63	34	52	46
West		70	28	58	40
Männer		65	34	52	47
Frauen		73	24	62	35
Anhänger der/des:	SPD	71	28	55	44
	Grünen	68	29	54	45
	FDP	87	13	74	26
	CDU/CSU	76	24	67	33
	AfD	67	30	61	36
	BSW	55	45	52	48

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Unter verschiedenen möglichen Gefahren von außen werden von den Bundesbürgern vor allem Cyberangriffe ausländischer Geheimdienste (52 %) als (sehr) starke Bedrohung für Deutschland eingeschätzt.

Jeweils ähnlich häufig werden (von etwas weniger als der Hälfte der Bundesbürger) grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (49 %), das Einschleusen von Spionen oder Agenten durch ausländische Regierungen (47 %), aus dem Ausland gesteuerte terroristische Anschläge (47 %), die Verbreitung von Falschmeldungen und Propaganda in den Medien durch ausländische Geheimdienste (47 %), Sabotageakte gegen kritische Infrastruktur (46 %), die Beeinflussung von Parteien oder Verbänden durch ausländische Interessengruppen oder Staaten (44 %) sowie die Beeinflussung von Wahlen und öffentlicher Meinung durch gezielte Desinformation aus dem Ausland (43 %) als (sehr) starke Bedrohungen für Deutschland angesehen.

Dass Deutschland durch einen direkten militärischen Angriff eines anderen Staates stark bedroht ist, glauben dagegen nur 24 Prozent.

Alle genannten Gefahren werden von den Westdeutschen jeweils häufiger als eine starke Bedrohung für Deutschlands Sicherheit eingeschätzt als von den Ostdeutschen.

Konkrete Bedrohungen der äußeren Sicherheit Deutschlands I

Es glauben, dass Deutschland durch die folgenden Gefahren (sehr) stark bedroht ist	insgesamt	Ost	West
	%	%	%
Cyberangriffe ausländischer Geheimdienste	52	46	53
grenzüberschreitende organisierte Kriminalität	49	44	50
Einschleusen von Spionen oder Agenten durch ausländische Regierungen	47	36	49
aus dem Ausland gesteuerte terroristische Anschläge	47	39	49
Verbreitung von Falschmeldungen und Propaganda in den Medien durch ausländische Geheimdienste	47	42	48
Sabotageakte gegen kritische Infrastruktur durch externe Akteure	46	38	47
Beeinflussung von Parteien oder Verbänden durch ausländische Interessengruppen oder Staaten	44	35	46
Beeinflussung von Wahlen und öffentlicher Meinung durch gezielte Desinformation aus dem Ausland	43	35	44
direkter militärischer Angriff eines anderen Staates	24	15	26

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Frauen glauben bei den meisten Gefahren deutlich häufiger als Männer, dass Deutschlands Sicherheit dadurch stark bedroht ist.

Auch nimmt bei fast allen abgefragten Gefahren die Bedrohungseinschätzung mit dem Alter der Befragten zu.

Konkrete Bedrohungen der äußeren Sicherheit Deutschlands II

Es glauben, dass Deutschland durch die folgenden Gefahren (sehr) stark bedroht ist	insgesamt	Männer	Frauen	18- bis 29 Jährige	30- bis 44 Jährige	45- bis 59 Jährige	60 Jahre und älter
	%	%	%	%	%	%	%
Cyberangriffe ausländischer Geheimdienste	52	48	56	34	49	54	61
grenzüberschreitende organisierte Kriminalität	49	42	55	25	46	54	58
Einschleusen von Spionen oder Agenten durch ausländische Regierungen	47	45	50	32	45	51	54
aus dem Ausland gesteuerte terroristische Anschläge	47	39	55	31	42	51	55
Verbreitung von Falschmeldungen und Propaganda in den Medien durch ausländische Geheimdienste	47	44	49	29	42	49	57
Sabotageakte gegen kritische Infrastruktur durch externe Akteure	46	42	50	30	43	48	54
Beeinflussung von Parteien oder Verbänden durch ausländische Interessengruppen oder Staaten	44	40	48	30	42	47	51
Beeinflussung von Wahlen und öffentlicher Meinung durch gezielte Desinformation aus dem Ausland	43	40	45	25	42	44	50
direkter militärischer Angriff eines anderen Staates	24	15	32	19	25	26	24

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Anhänger von CDU/CSU und FDP sehen in den meisten Gefahren häufiger eine starke Bedrohung für Deutschlands Sicherheit als die Anhänger der anderen Parteien.

Besonders gering ausgeprägt ist die Wahrnehmung der Bedrohungen bei den Anhängern des BSW.

Konkrete Bedrohungen der äußeren Sicherheit Deutschlands III

Es glauben, dass Deutschland durch die folgenden Gefahren (sehr) stark bedroht ist	insgesamt	Anhänger der/ des:					
	%	SPD	Grüne	FDP	CDU/CSU	AfD	BSW
Cyberangriffe ausländischer Geheimdienste	52	49	50	71	65	46	43
grenzüberschreitende organisierte Kriminalität	49	45	36	67	58	56	49
Einschleusen von Spionen oder Agenten durch ausländische Regierungen	47	40	45	62	61	47	36
aus dem Ausland gesteuerte terroristische Anschläge	47	44	39	68	57	51	43
Verbreitung von Falschmeldungen und Propaganda in den Medien durch ausländische Geheimdienste	47	45	50	41	58	37	41
Sabotageakte gegen kritische Infrastruktur durch externe Akteure	46	40	43	61	58	48	32
Beeinflussung von Parteien oder Verbänden durch ausländische Interessengruppen oder Staaten	44	41	46	62	49	40	35
Beeinflussung von Wahlen und öffentlicher Meinung durch gezielte Desinformation aus dem Ausland	43	40	46	56	51	36	36
direkter militärischer Angriff eines anderen Staates	24	20	12	33	21	30	29

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

In der Frage nach der Bedeutung von Investitionen in die Verteidigung Deutschlands räumen die Bundesbürger Investitionen in den Zivilschutz und die militärische Verteidigung eine ähnlich hohe Priorität ein.

89 Prozent der Bundesbürger halten es für (sehr) wichtig, dass in den nächsten Jahren mehr Geld in den Zivil- und Bevölkerungsschutz investiert wird. Fast genauso viele (85 %) sprechen sich auch für höhere Investitionen in die äußere Verteidigung und die Bundeswehr aus.

Gewisse Unterschiede zeigen sich in dieser Frage zwischen Ost und West: Während die Zustimmung zu mehr Investitionen in den Zivilschutz im Inland in Ost- und Westdeutschland gleich hoch ausfällt, sprechen sich die Ostdeutschen etwas seltener für mehr Ausgaben in die äußere Verteidigung aus als die Westdeutschen.

Dass Deutschland sowohl mehr Geld für die äußere Verteidigung wie auch den Zivilschutz ausgeben sollte, wird mehrheitlich von den Anhängern aller politischen Parteien geteilt.

Etwas geringer fällt die Unterstützung für Investitionen in die militärische Verteidigung bei den Anhängern der AfD und vor allem des BSW aus.

Was ist wichtiger: Investitionen in die militärische oder die zivile Verteidigung?

Es halten mehr Investitionen...

in die äußere Verteidigung und die Bundeswehr für... in den Zivil- und Bevölkerungsschutz im Inland für...

		(sehr) wichtig	weniger / gar nicht wichtig	(sehr) wichtig	weniger / gar nicht wichtig
		%	%	%	%
insgesamt		85	13	89	9
Ost		73	26	89	10
West		88	11	89	9
Männer		84	15	86	12
Frauen		86	11	91	6
Hauptschule		90	9	91	7
mittlerer Abschluss		87	13	89	8
Abitur, Studium		82	15	86	12
Anhänger der/des	SPD	92	7	89	11
	Grünen	88	9	86	12
	FDP	92	8	94	6
	CDU/CSU	97	3	97	3
	AfD	77	23	85	13
	BSW	67	33	79	17

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

2 Die Bekanntheit des Begriffs „zivile Verteidigung“

Die Hälfte (50 %) der Bundesbürger hat schon einmal den Begriff „zivile Verteidigung“ gehört oder gelesen – die Ostdeutschen häufiger als die Westdeutschen, Frauen etwas häufiger als Männer und die Anhänger von SPD und Union etwas häufiger als die Anhänger der anderen Parteien.

Bekanntheit des Begriffs „zivile Verteidigung“

Es haben schon einmal den Begriff der „zivilen Verteidigung“ gehört oder gelesen

		%
insgesamt		50
Ost		60
West		48
Männer		55
Frauen		45
Hauptschule		45
mittlerer Abschluss		51
Abitur, Studium		52
Anhänger der/des	SPD	58
	Grünen	48
	FDP	41
	CDU/CSU	56
	AfD	47
	BSW	45

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die Ergebnisse auf die offen und ohne Vorgaben gestellten Frage, was mit dem Begriff „zivile Verteidigung“ gemeint ist bzw. was dazu gehört, lassen sich in zwei Gruppen einteilen.

Die erste Gruppe der Antworten betrifft vor allem den Schutz und die Versorgung der Bevölkerung sowie die Aufrechterhaltung von Infrastruktur, die zweite Gruppe der Antworten umfasst vor allem Assoziationen wie Widerstand, Verteidigung und die Unterstützung von staatlichen bzw. militärischen Strukturen im Verteidigungsfall.

Die Hälfte der Befragten kann allerdings gar nicht konkret benennen, was mit dem Begriff ziviler Verteidigung gemeint sein könnte.

Was ist mit dem Begriff „zivile Verteidigung“ gemeint?

	insgesamt %
Zivilschutz und Versorgung	
Zivilschutz (inkl. Schutzräume, Notversorgung, Katastrophenhilfe)	18
Schulungen und Übungen für die Bevölkerung (z. B. Verhalten bei Angriffen/ Katastrophen)	7
Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Energie und medizinischer Betreuung	6
Zusammenarbeit mit Organisationen wie THW, Feuerwehr, DRK, Polizei	5
Aufrechterhaltung von Infrastruktur (z. B. Kommunikation, Wasser, Strom)	4
Schutz von ziviler Infrastruktur (z. B. Krankenhäuser, Straßen, Energieversorgung)	4
Vorratshaltung und Resilienzförderung der Bevölkerung	1
Ziviler Widerstand und Verteidigung	
Ziviler Widerstand und Verteidigung (z. B. gegen Besatzung oder Angriffe)	15
Einsatz von Zivilisten im Verteidigungsfall (nicht-militärische Rollen)	7
Unterstützung von Regierungsfunktionen im Verteidigungsfall	7
Unterstützung der Bundeswehr (Logistik, Versorgung, zivile Aufgaben)	5
Aufbau von Wachsamkeit und Zivilcourage (z. B. Hinterfragen von Falschmeldungen)	2
weiß nicht	49

offene Abfrage

3 Bereitschaft zur Mitwirkung bei der zivilen Verteidigung

40 Prozent der Bundesbürger sind der Ansicht, dass der Schutz der Bevölkerung im Inland eine Aufgabe ist, die ausschließlich vom Staat übernommen werden sollte.

Eine Mehrheit von 54 Prozent meint hingegen, dass sich daran grundsätzlich auch die Bürgerinnen und Bürger beteiligen sollten.

Dass die „zivile Verteidigung“ ausschließlich eine Aufgabe des Staates sein sollte, meinen vor allem die Anhänger des BSW.

„Zivile Verteidigung“ – ausschließlich eine Aufgabe des Staates?

Der Schutz der Bevölkerung im Inland ist eine Aufgabe...

		die ausschließlich vom Staat übernommen werden sollte	an der sich grundsätzlich auch Bürger/-innen beteiligen sollten
		%	%
insgesamt		40	54
Männer		38	59
Frauen		42	49
Hauptschule		32	57
mittlerer Abschluss		45	50
Abitur, Studium		40	56
Anhänger der/des	SPD	36	64
	Grünen	28	69
	FDP	37	59
	CDU/CSU	36	57
	AfD	51	44
	BSW	61	38

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

71 Prozent der Befragten – eine Mehrheit in allen Bevölkerungs- und Wählergruppen – geben an, sich grundsätzlich vorstellen zu können, selbst an Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung (wie etwa Übungen zu Evakuierungen, Erste-Hilfe-Maßnahmen, Kursen zur Selbstverteidigung o.ä.) mitzuwirken.

Für 22 Prozent käme das nicht in Frage.

Jüngere Menschen zeigen eine deutlich höhere Bereitschaft zur Mitwirkung am Bevölkerungsschutz als ältere.

Generelle Bereitschaft zur Mitwirkung am Bevölkerungsschutz

		Es könnten Sie sich grundsätzlich vorstellen selbst an Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung mitzuwirken	
		ja	nein
		%	%
insgesamt		71	22
Ost		71	22
West		71	23
16- bis 29-Jährige		80	14
30- bis 44-Jährige		76	18
45- bis 59-Jährige		75	18
60 Jahre und älter		59	31
Hauptschule		63	24
mittlerer Abschluss		68	25
Abitur, Studium		76	19
Anhänger der/ des:	SPD	80	12
	Grünen	81	13
	FDP	84	13
	CDU/CSU	72	22
	AfD	63	33
	BSW	55	34

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Zwei Drittel der Bundesbürger wären auch bereit, in ihrer Freizeit an einer Weiterbildung zum Bevölkerungsschutz teilzunehmen. Nur wenige machen dafür eine Entschädigung zur Bedingung.

Am höchsten fällt die grundsätzliche Bereitschaft zur Teilnahme an einer Weiterbildung zum Bevölkerungsschutz bei den Jüngeren und den formal höher Gebildeten aus.

Die Bereitschaft zur Teilnahme zur Weiterbildung zum Bevölkerungsschutz

Es wären grundsätzlich bereit, in Ihrer Freizeit einmal an einer Weiterbildung zum Bevölkerungsschutz teilzunehmen

	ja %	ja, aber nur gegen eine Entschädigung %
insgesamt	65	2
Ost	65	5
West	64	3
16- bis 29-Jährige	74	3
30- bis 44-Jährige	70	4
45- bis 59-Jährige	67	1
60 Jahre und älter	54	-
Hauptschule	55	1
mittlerer Abschluss	61	3
Abitur, Studium	72	1
Erwerbstätige	65	5

Etwas mehr als die Hälfte (54 %) der Befragten wäre nach eigenen Angaben grundsätzlich auch bereit, regelmäßig an Übungen zur zivilen Verteidigung teilzunehmen, um ihre Fähigkeiten beim Bevölkerungsschutz und der zivilen Verteidigung zu festigen.

Überdurchschnittlich häufig geben dies Männer, die unter 30-Jährigen und Befragte mit höherer formaler Bildung an.

Bereitschaft zur Teilnahme an regelmäßige Übungen zur zivilen Verteidigung?

Es wären grundsätzlich bereit, auch regelmäßig an Übungen zur zivilen Verteidigung teilzunehmen

	%
insgesamt	54
Ost	46
West	56
Männer	60
Frauen	49
16- bis 29-Jährige	65
30- bis 44-Jährige	60
45- bis 59-Jährige	62
60 Jahre und älter	40
Hauptschule	49
mittlerer Abschluss	49
Abitur, Studium	62
Erwerbstätige	58

Etwas mehr als die Hälfte der Befragten (54 %) könnte sich auch vorstellen, sich in Bereichen wie Erste Hilfe, Selbstverteidigung oder dem Schutz wichtiger Infrastruktur durch die Bundeswehr schulen zu lassen.

Auch in dieser Frage zeigen sich die ähnlichen Unterschiede in der geäußerten Bereitschaft wie bei den anderen Fragen zur möglichen Teilnahme an Maßnahmen zum Bevölkerungsschutz.

Schulung durch die Bundeswehr?

Es könnten sich vorstellen sich durch die Bundeswehr im Bereich zivile Verteidigung schulen zu lassen

	%
insgesamt	53
Ost	49
West	54
Männer	59
Frauen	48
16- bis 29-Jährige	65
30- bis 44-Jährige	64
45- bis 59-Jährige	57
60 Jahre und älter	39
Hauptschule	43
mittlerer Abschluss	51
Abitur, Studium	60
Erwerbstätige	57

4 Die Informationsquellen zur zivilen Verteidigung

Wenn sie mehr über das Thema „zivile Verteidigung“ erfahren oder sich aktiv an Maßnahmen zur zivilen Verteidigung beteiligen wollten, wüssten vier von zehn Bundesbürgern nicht, wo sie sich dazu informieren könnten.

25 Prozent der Befragten würden sich im Internet informieren – über Suchmaschinen oder auf Medienseiten), jeweils 16 Prozent würden sich an Bundes- oder Landesbehörden bzw. an die Kommunalverwaltung wenden, 10 Prozent an die Bundeswehr, 8 Prozent an Hilfsorganisationen wie DRK, Malteser oder Johanniter, 5 Prozent an das Technische Hilfswerk und 4 Prozent an die Feuerwehr.

Informationsquellen zur zivilen Verteidigung

	insgesamt	18- bis 29-Jährige	30- bis 44-Jährige	45- bis 59-Jährige	60 Jahre und älter	Hauptschule	mittlerer Abschluss	Abitur, Studium
	%	%	%	%	%	%	%	%
Online-Recherche („Google“, Medien)	25	44	29	26	13	16	22	32
Bundes- und Landesbehörden	16	17	19	15	14	10	13	22
Kommunale Verwaltung	16	4	12	17	22	16	15	15
Bundeswehr	10	15	14	10	5	11	7	13
Hilfsorganisationen (z. B. Rotes Kreuz, Malteser, Johanniter)	8	7	5	9	9	8	9	7
Technisches Hilfswerk (THW)	5	1	4	7	7	3	6	5
Feuerwehr	4	3	4	4	3	4	3	5
weiß nicht	42	37	41	39	46	52	45	33

offene Abfrage ohne Vorgaben